Presse-/Medienmitteilung zum TV-Duell vom 10. 02. 2025

Innehalten statt verschärfen - saarländische Perspektiven auf die Migrationsdebatte

Es ist Zeit innezuhalten. Die derzeitige Migrationsdebatte läuft auf fast allen Seiten aus dem Ruder. Laut Deutschlandtrend will die Mehrheit der Deutschen dauerhafte Grenzkontrollen. Dies kann nicht im Interesse des Saarlandes und der arbeitenden Menschen in der Region sein. Schon jetzt behindern die noch lange nicht lückenlosen Kontrollen erheblich den kleinen Grenzverkehr nach Frankreich und Luxemburg. Die Bürgermeister von Saarbrücken und Perl haben deswegen mehrfach protestiert. Wie viel Staus auf dem Weg nach Forbach und Schengen wollen wir noch?

Und lösen Abweisungen an Grenzen, noch massivere Abschiebungen oder zeitlich unbefristeter Ausreisearrest das Problem psychisch kranker Gewalttäter? Im Saarland wie auch anderswo fehlt es an einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung für geflüchtete Menschen. Dies führt oft zu fatalen Folgen für andere oder die Betroffenen selbst.
Dr. A. Claußen, Ärztin für Psychiatrie/Psychotherapie und Co-Vorsitzende der Ärzteorganisation IPPNW, führt an:„Ich weiß aus meiner ärztlichen Erfahrung, dass die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von geflüchteten Menschen, die oft schwer traumatisiert sind, in Deutschland völlig unzureichend ist.“ Wenig bekannt ist außerdem: In Deutschland wird der Zugang zur Gesundheitsversorgung durch das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) stark eingeschränkt. In den ersten 36 Monaten nach ihrer Ankunft haben Geflüchtete nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen Anspruch auf eine medizinische Behandlung.

Innezuhalten gilt es aber auch aus anderer Perspektive. Es wird leicht vergessen, dass Deutschland mitverantwortlich ist für die Ursachen von Krieg, Flucht und Vertreibung.
Deutschland gehört etwa zu den Top Ten der rüstungsexportierenden Länder.
Auch das Saarland ist Standort für Rüstungsproduktion. Diehl Defence mit dem Standort Nonnweiler im Nordsaarland ist bekannt für Waffenexporte auch in fragwürdige Länder, wie z.B. Saudi-Arabien. Wir vergessen auch, dass die für den Klimawandel wesentlichen CO2-Emissionen, vor allem durch die reichen Industriestaaten verursacht werden. Klimawandel verschärft Verteilungskämpfe, Kriege, Not und schließlich Fluchtbewegungen. Es gibt also gute Gründe für unsere moralische Verpflichtung ein großzügiges Menschenrecht auf Asyl in unserem Land zu gewähren.

Innezuhalten in der derzeitigen Migrationsdebatte würde allen Politikern und Politikerinnen in diesem Wahlkampf und danach besser zu Gesicht stehen. Dies gilt gleichermaßen für Regierungs- und Oppositionsparteien. Sowohl Friedrich Merz als auch Olaf Scholz, der reflexartig immer schärfere Abschiebungen fordert, führen einen populistischen Wahlkampf auf dem Rücken von hilfsbedürftigen Geflüchteten. Eine Wahlkampfdebatte, die die Wählerinnen und Wähler immer stärker in die Arme der Rechtsextremisten treibt. Eine Wahlkampfdebatte, die das derzeit vordringlichste Problem vollkommen beiseite schiebt: Wie können wir durch Diplomatie statt Waffen aus den aktuellen Kriegsszenarien aussteigen, um uns endlich wieder ausführlich der immer bedrohlicher werdenden Klimakatastrophe und der globalen Armut zuzuwenden?

Kontakt: FriedensNetz Saar, Bilsdorfer Straße 28, 66793 Saarwellingen, friedensnetzsaar@gmx.de,
www.friedensnetzsaar.com (V.i.S.d.M.: W. Andruet)